



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen - 80792 München

NAME

Jäger

Gemeinsame Einrichtungen
Optionskommunen
Landkreise
kreisfreie Städte
Regierungen

TELEFON

089 1261-1454

nachrichtlich:
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
Bundesagentur für Arbeit
- Regionaldirektion Bayern -
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Landkreistag
LAG öffentliche/freie Wohlfahrtspflege
(LAG FW TB Familie)
Kommunaler Prüfungsverband
Landessozialgericht

TELEFAX

089 1261-181454

E-MAIL

Referat-I3@stmas.bayern.de

Laut E-Mail-Verteiler

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
Bitte bei Antwort angeben
I 3/6074.04-1/30

DATUM
27.02.2013

**Vollzug des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II);
Leistungen an Auszubildende nach § 27 Abs. 3 SGB II (Zuschuss zu den
Kosten der Unterkunft und Heizung)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Aktualisierung der AMS I 3/2337-5/28/10 vom 07.05.2010 sowie I 3/6074.04-1/30 vom
29.03.2011 (betreffend die Vorgänger-Regelung in § 22 Abs. 7 SGB II a. F.), die hiermit

// Zukunftsministerium
Was Menschen berührt.

Telefon Vermittlung:

E-Mail:

Internet:

Adresse:

089 1261-01

poststelle@stmas.bayern.de

www.zukunftsministerium.bayern.de

Winzererstraße 9, 80797 München

ersetzt werden, geben wir die nachfolgenden Hinweise. Sie finden dieses AMS in Kürze auch unter der Adresse <http://www.stmas.bayern.de/grundsicherung/jobcenter/index.php>.

1. Allgemeines

Nach § 7 Abs. 5 SGB II haben Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes oder der §§ 51, 57 und 58 SGB III dem Grunde nach förderfähig ist, keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, von den Ausnahmen nach § 7 Abs. 6 SGB II bzw. den Leistungen nach § 27 SGB II abgesehen.

Zu den Anspruchsvoraussetzungen des Zuschusses zu den Kosten der Unterkunft und Heizung für Auszubildende verweisen wir auf § 27 Abs. 3 SGB II. Der Kreis der Anspruchsberechtigten ist abschließend und eindeutig geregelt.

Die Leistungen an Auszubildende nach § 27 SGB II, also auch der Zuschuss nach § 27 Abs. 3 SGB II, gelten gemäß § 27 Abs. 1 Satz 2 SGB II nicht als Arbeitslosengeld II mit der Folge, dass der Leistungsbezug nicht zu einer Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung führt.

Die Leistungen nach § 27 Abs. 3 SGB II und Leistungen nach dem Wohngeldgesetz schließen sich gegenseitig aus. Wenn Wohngeldleistungen zur Deckung des Bedarfs ausreichen, sind diese als vorrangige Leistungen zu gewähren, Leistungen nach § 27 Abs. 3 SGB II sind ausgeschlossen (§§ 5, 12a SGB II).

2. Berechnung

Die Berechnung des Zuschusses zu den Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 27 Abs. 3 SGB II hat den Urteilen des BSG vom 22.03.2010, Az B 4 AS 69/09 R und B 4 AS 69/09 R zufolge unter Berücksichtigung des nach den Vorschriften des SGB II ermittelten Einkommens einschließlich der tatsächlich erhaltenen SGB III- bzw. BAföG- und Kindergeldleistungen sowie von Vermögen nach § 12 SGB II zu erfolgen.

2.1. Es ergeben sich folgende Berechnungsschritte im Einzelnen:

2.1.1. Ermittlung der abstrakten Höhe der angemessenen Unterkunftskosten nach § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II

In einem ersten Schritt ist, wie bei der Ermittlung der Leistungen zu den Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II, die angemessene Höhe der Unterkunfts- und Heizungskosten (Mietobergrenze) festzulegen.

2.1.2. Ermittlung des konkreten Unterkunftsbedarfs des Leistungsberechtigten, vorausgesetzt er wäre unbeschränkt nach dem SGB II leistungsberechtigt.

In einem zweiten Schritt ist der konkrete Unterkunftsbedarf des Auszubildenden an Hand einer „fiktiven“ Bedürftigkeitsberechnung nach den Regeln der §§ 9, 11 bis 12 SGB II zu ermitteln, so als sei der Betroffene ohne Beschränkung des § 7 Abs. 5 SGB II leistungsberechtigt. Dem festgestellten Gesamtbedarf einschließlich Regelbedarf, etwaiger Mehrbedarfe und den Bedarfen für Unterkunft und Heizung sind das nach den §§ 9, 11 bis 12 SGB II zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen einschließlich etwaiger Leistungen nach den Vorschriften des SGB III bzw. des BAföG gegenüberstellen.

2.1.2.1. Auf der Bedarfsseite werden nicht nur die in § 27 Abs. 2 SGB II zitierten Mehrbedarfe, sondern auch Mehrbedarfe gemäß § 21 Abs. 4 und 7 SGB II berücksichtigt, da eine § 27 Abs. 2 SGB II vergleichbare Einschränkung in Abs. 3 nicht enthalten ist, und da, anders als bei Abs. 2, eine Differenzierung in ausbildungsgeprägte und nicht ausbildungsgeprägte Bedarfe keinen Sinn machen würde; so ist der ge-

mäß Abs. 3 abzudeckende Unterakunftsbedarf insgesamt ausbildungsgeprägt.

Nicht angemessene Kosten der Unterkunft und Heizung werden nach der eindeutigen Bezugnahme auf § 21 Abs. 1 Satz 1 SGB II - auch nicht für eine Übergangszeit – berücksichtigt (offen gelassen in den beiden oben aufgeführten Urteilen des BSG vom 22.03.2010).

Werden Leistungen nach § 27 Abs. 2 SGB II gewährt, sind diese bei der Bedarfsbemessung nach Abs. 3 abzusetzen, um eine Doppelförderung auszuschließen.

- 2.1.2.2. Auf der Einkommensseite sind die Leistungen der Ausbildungsförderung einschließlich des in der Ausbildungsförderungsleistung enthaltenen Unterakunftsanteils zu berücksichtigen. Als Einkommen nach § 11 SGB II zu berücksichtigen sind ferner Zuwendungen Dritter an den Auszubildenden, und zwar auch dann, wenn die Zuwendung zweckgebunden für die Kosten der Unterkunft und Heizung gewährt wird.

Für die Absetzbeträge wie z.B. Fahrtkosten und Ausbildungsmaterial gelten keine Besonderheiten zu den allgemeinen Regeln des § 11 SGB II und der Alg II-V (insbesondere § 1 Abs. 1 Nr. 10 Alg II-V).

Wird auf der Bedarfsseite ein Mehrbedarf nach § 21 Abs. 4 SGB II berücksichtigt, sind Leistungen, die nach anderen Gesetzen zum gleichen Zweck gewährt werden (z. B. vom zuständigen Reha-Träger gewährte Leistungen zu den Kosten einer Arbeitsassistenz nach § 33 Abs. 8 Nr. 3 SGB IX) bis zur Höhe des Mehrbedarfs nach dem SGB II als Einkommen zu

berücksichtigen, um eine Doppelförderung zu vermeiden. Soweit die andere Leistung den Mehrbedarf übersteigt, ist sie anrechnungsfrei (§ 11 a Abs. 3 Satz 1 SGB II).

2.1.2.3. Ergibt die Gegenüberstellung von Gesamtbedarf und Einkommen einen Bedarf, beschränkt sich der Zuschuss maximal auf den in Rede stehenden Unterkunftsbedarf.

2.1.3. Deckelung durch die Differenz zwischen Unterkunftsbedarf nach dem SGB II und in der Ausbildungsförderungsleistung enthaltenen Unterkunftsanteil

Die Höhe des Zuschusses berechnet sich grundsätzlich nach dem ungedeckten SGB II-Unterkunftsbedarf, wie er sich gemäß den Regeln von §§ 9, 11 bis 12 SGB II ergibt (vgl. Ziffer 2.1.2). Der Zuschuss wird jedoch gedeckelt durch die Differenz zwischen dem Unterkunftsbedarf nach dem SGB II und dem in der Ausbildungsförderungsleistung enthaltenen Unterkunftsanteil.

Die in BAföG-Leistungen enthaltenen und nur für die „Deckelung“ des Zuschusses zu berücksichtigenden Unterkunftsanteile für Schüler sind in den einheitlichen BAföG-Bedarfssatz integriert. Nach Auskunft des BMAS hat der Unterkunftsanteile an der letzten allgemeinen Erhöhung der BAföG-Leistungen um 2 Prozent teilgenommen. Die seit dem 01.10.2012 enthaltenen Unterkunftsanteile betragen folglich:

| | |
|-------------------------|----------|
| § 12 Abs. 2 Nr. 1 BAföG | 132 Euro |
| § 12 Abs. 2 Nr. 2 BAföG | 132 Euro |
| § 13 Abs. 2 Nr. 1 BAföG | 49 Euro |
| § 13 Abs. 2 Nr. 2 BAföG | 224 Euro |

In den BAföG-Bedarfssätzen nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 BAföG für Schüler von Berufsfachschulen und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt und die im Haushalt der Eltern leben, sowie in den BAföG-Bedarfssätzen nach § 12 Abs. 1 Nr. 2 BAföG für Schüler von Abendhauptschulen, Abendrealschulen und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt und die im Haushalt der Eltern leben, ist kein Unterkunftskostenanteil enthalten.

Die Unterkunftskostenanteile für Studierende sind in § 13 Abs. 2 BAföG festgelegt.

2.2. Es ergibt sich zusammengefasst folgende Berechnung:

a) Ermittlung der abstrakten Höhe der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung

b) Ermittlung des Unterkunftsbedarfs an Hand einer „fiktiven“ Bedürftigkeitsberechnung

Regelbedarf
+ Mehrbedarfe
+ angemessene Kosten der Unterkunft und Heizung
= SGB II-Gesamtbedarf

./. bereinigtes Einkommen (vgl. Ausführungen unter Ziffer 2.1.2)
= ungedeckter Bedarf
Zuschussfähig ist maximal der angemessene Unterkunfts- und Heizungsbedarf

c) Ermittlung des Deckelungsbetrages

angemessene Kosten der Unterkunft und Heizung
./. Unterkunftsanteil in der Ausbildungsförderungsleistung
= Höchstzuschuss nach § 27 Abs. 3 SGB II

3. Zusammentreffen mit Leistungen nach § 27 Abs. 2 SGB II

Leistungen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB II sind nach verschiedenen Berechnungsmethoden zu ermitteln. Leistungen nach § 27 Abs. 2 SGB II sind vorrangig zu berechnen und zu verbescheiden. Zur Berücksichtigung der Leistungen nach § 27 Abs. 2 SGB II im Rahmen der fiktiven Bedarfsermittlung nach § 27 Abs. 3 SGB II verweisen wir auf Ziffer 2.1.2.

4. Unterhaltsleistungen/Unterhaltsansprüche

4.1. Unterhaltsleistungen

Erbringen die Eltern oder der andere Elternteil des Kindes einer/eines Auszubildenden aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder auf freiwilliger Basis Unterhaltsleistungen, sind diese Leistungen nach § 11 SGB II als Einkommen zu berücksichtigen.

4.2. Unterhaltsansprüche

Werden Leistungen nach § 27 SGB II gewährt, und haben die Auszubildenden Unterhaltsansprüche nach bürgerlichem Recht gegen die Eltern oder als Auszubildende gegenüber dem anderen Elternteil des gemeinsamen Kindes, gehen diese Ansprüche nach § 33 SGB II auf die Träger der SGB II-Leistungen über.

5. Bewilligungszeitraum

Der Bewilligungszeitraum sollte sich an dem der Ausbildungsförderung zugrunde liegenden Zeitraum orientieren.

Mit freundlichen Grüßen



Jochen Schumacher
Ministerialrat